



Darmstadt, 6. Januar 2006

## Pressemitteilung

### **Baden-Württemberg: „Wir können alles außer Hochdeutsch“ - und Integrationspolitik Fragebogen für Muslime ist diskriminierende Gesinnungsprüfung**

Trotz der berechtigten Kritik von Migrant\*innenverbänden und muslimischen Organisationen will Baden-Württembergs Innenminister Rech an dem Gesprächsleitfaden festhalten, mit dem die lokalen Ausländerbehörden einbürgerungswillige Muslime in Baden-Württemberg auf ihre Einstellung zum Grundgesetz prüfen sollen.

„Der Fragebogen setzt Muslime, die alle Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen, einem Generalverdacht aus. Er hantiert in gefährlicher Art und Weise mit sämtlichen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Muslimen und trägt dazu bei, die schon jetzt in unserer Gesellschaft verbreitete Islamophobie noch zu verstärken“, sagt Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland. „Die geplante Prozedur ist zudem integrationsfeindlich. Aus gutem Grund werden viele Muslime nicht dazu bereit sein, sich einer diskriminierenden Ungleichbehandlung auszusetzen, die einer Gesinnungsprüfung durch vorhersehbar überforderte Ausländerbehörden gleichkommt.“ Wenn Baden-Württemberg an dieser Praxis festhalte, würden viele Muslime davon Abstand nehmen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die Einbürgerung des Islam sei aber eines der wichtigsten Instrumente einer zukunftsfähigen Integrationspolitik in Deutschland.

Unverständlich sei insbesondere auch die Halbherzigkeit, mit der sich die baden-württembergische FDP als Regierungspartei zu dem Fragebogen verhalte. „Wer in Anspruch nimmt, für Bürgerrechte und gesellschaftliche Freiheit einzutreten, der muss sich entschieden gegen diesen diskriminierenden und integrationsfeindlichen Ministererlass stellen. Er ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrant\*innen, den Innenminister Rech spätestens seit der Innenministerkonferenz im Dezember letzten Jahres mit seinem entschiedenen Widerstand gegen eine dringend erforderliche Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete eingeschlagen hat“, so Jäger abschließend.

gez.  
Torsten Jäger, Geschäftsführer